



Amtsgericht Oberhausen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Donnerstag, 13.08.2026, 09:00 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal 108, Friedensplatz 1, 46045 Oberhausen

folgender Grundbesitz:

Wohnungsgrundbuch von Osterfeld, Blatt 1233,

BV lfd. Nr. 1

158,546/1.000 Miteigentumsanteil Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Osterfeld, Flur 4, Flurstück 366, Hof- und Gebäudefläche,

Rothebuschstraße 106, Größe: 815 m²

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 3

bezeichneten Wohnung im 1. Obergeschoss links des Hauses Rothebuschstraße

nebst Dachbodenteil und einer Garage

versteigert werden.

Laut Verkehrswertgutachten handelt es sich um eine ca. 71m² große Wohnung im ersten Obergeschoss links, bestehend aus Diele, Küche, Bad, Schlafzimmer, Kinderzimmer, Wohnzimmer mit Balkon. Zuzüglich ein zugehöriger Kellerraum und ein Raum im nicht ausgebauten Dachgeschoss.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 20.05.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

125.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.